



**Foto:**  
Roberto Manteufel,  
Inhaber der Szenebar  
Marietta

Seit Freitag, den 15. Mai, darf die Gastronomie wieder ihre Türen öffnen. Nach der Corona-Verordnung des Berliner Senats sind jedoch reine Schankwirtschaften ausgenommen. „Es gibt bislang keinerlei Perspektiven für Bars“, sagt Roberto. „Es kam von der Politik noch keine Ansage, wie lange Bars überhaupt geschlossen haben müssen.“ Als Begründung nannte u. a. die Berliner Wirtschaftssenatorin Ramona Pop die Sorge, dass sich Gäste an Orten, an denen Alkohol getrunken wird, nicht an die Abstands- und Hygieneregeln halten könnten. Roberto und Ulrich haben jedoch einen anderen Eindruck von ihren Gästen gewonnen, z. B. bei den To-go-Verkäufen: In der Corona-Krise seien diese sehr wohl dazu bereit, sich zurückzuhalten.

Doch selbst wenn Bars öffnen dürften, wäre dies für die Betreiber\*innen noch kein Grund aufzuatmen. Bei strengen Hygiene-Auflagen könnten sie nicht mehr so viele Gäste bedienen wie vor der Pandemie. Die Umsätze, die noch im Februar erzielt wurden, wären nicht annähernd zu schaffen. „Wie können wir da die Miete bezahlen oder die Mitarbeiter\*innen, die dann nicht mehr in Kurzarbeit sein werden?“, fragt Richard Stein, Mitbetreiber der Möbel-Olfe, des Südblocks und des aquariums. Auch bei den Auflagen gibt es viele Fragezeichen: Für Restaurants wird bisweilen empfohlen, die Daten der Gäste aufzunehmen, um potenzielle Infektionswege nachvollziehen zu können. Das könnte für queere Menschen, die ungeoutet sind oder keinen Aufenthaltsstatus haben, ein Grund sein, in Zukunft queere Locations zu meiden.

Eine Perspektive fehlt nicht nur den Bars, sondern auch den Clubs. Marcel Weber, Geschäftsführer des SchwuZ und Vorstandsmitglied der Clubcommission Berlin e. V., geht davon aus, dass Clubs zu den letzten Lokalitäten gehören werden, die wieder öffnen dürfen. Geselligkeit und Nähe zeichnen einen Clubbesuch aus und das ist schwer mit den Hygienevorschriften zu vereinbaren. „Ein Fall wie in Seoul muss unbedingt verhindert werden“, betont er. Damit bezieht er sich auf die jüngste Infektionswelle in Südkorea, die – kurz nach den dortigen Lockerungen – von einem queeren Party-Viertel in Seoul ausgegangen sein soll.

Die Öffnung der Clubs ist zu diesem Zeitpunkt also noch keine Option. Damit die Veranstaltungsbranche eine Zukunft hat, müssen kreative Lösungen und Hilfe her. Um Perspektiven zu schaffen, fordert die Clubcommission deshalb die Wiederbelebung der Club-Außenflächen bis 24 Uhr, mit Musikprogramm bis spätestens 22 Uhr. Diese Ausnahmeregelung würde den „be-

## Kampf ums Überleben

**Während es in einigen Bereichen und Branchen mittlerweile einen klaren Fahrplan für Lockerungen der Corona-Maßnahmen gibt, fehlt bei den Clubs und Bars nach wie vor eine sinnvolle Strategie zur Öffnung. Das bedeutet auch, dass ein großer Teil queerer Treffpunkte und Infrastruktur für immer verschwinden könnte. SIEGESSÄULE-Autorin Paula Balov hat Bar- und Clubbetreiber gefragt, wie sie mit der Situation umgehen**

facebook.com/  
barsofberlin

**W**ir haben letztes Wochenende einen To-go-Verkauf ausprobiert“, erzählt Roberto Manteufel, Inhaber der Szenebar Marietta in Prenzlauer Berg und Redakteur der SIEGESSÄULE. „Wir haben vor der Tür einen Tisch mit einer kleinen Karte aufgestellt und Drinks im Plastikbecher angeboten.“ Seit März muss die Bar aufgrund des Corona-Lockdowns geschlossen bleiben – bislang ohne Aussicht auf Änderung oder Hilfen seitens der Politik. Wie viele bangt Roberto Manteufel um die Zukunft seines Geschäfts.

Der To-go-Verkauf ist eine Idee, um wenigstens ein bisschen Umsatz zu generieren. Auch Ulrich Simontowitz, Betreiber des Hafens in Schöneberg, hat der Take-away-Alternative eine Chance gegeben, in Absprache mit Polizei und Ordnungsamt und unter Einhaltung der Hygienevorschriften: „Bei den Gästen kam das Angebot sehr gut an“, berichtet er. „Die Stimmung war allerdings nicht so locker wie sonst – man fühlt sich sehr beobachtet.“ Mehr als Schadensbegrenzung kann er sich finanziell davon nicht versprechen.

drohten Clubs ermöglichen, wenigstens auf Teilflächen den Sommer über einen Open-Air-Betrieb für die kulturhungrigen Gäste anzubieten", heißt es in der Pressemitteilung. Auf den Vorschlag gibt es bisher keine Antwort aus der Politik.

Die Clubcommission hatte außerdem als Reaktion auf die Krise gemeinsam mit Akteur\*innen der Clubszene wie dem „Reclaim Club Culture“-Netzwerk die Spendenaktion „United We Stream“ gestartet. Über 450.000 Euro hat die Kampagne bereits eingebracht, wovon acht Prozent für soziale Zwecke, darunter der Stiftungsfonds Zivile Seenotrettung, verwendet werden. Auf der dazugehörigen Streamingplattform läuft jeden Tag kuratiertes Liveprogramm. Was als Berliner Kampagne begann, ist schnell gewachsen: An „United We Stream“ beteiligen sich mittlerweile Clubs aus über 40 Städten. Aktuell steht die Expansion ins Ausland an. Trotz des großen Zuspruchs reichen die Spenden jedoch nicht aus, um die Clubs zu retten. Die Veranstaltungsbranche pocht auf Hilfen aus der Politik.

Damit steht sie nicht allein da: Seit Beginn der Corona-Krise übt auch die Gastronomie Druck auf die Politik aus. Hashtag-Aktionen wie #LeereStühle – Gastronom\*innen zeigen Bilder von den verwaisten Räumlichkeiten – oder die Kampagne #RestartGastro, die Größen der Branche wie das Handelsunternehmen Metro initiiert haben, konnten bereits Teilerfolge erzielen: Neben den ersten Lockerungen wurde die Mehrwertsteuer für Speisen von 19 auf sieben Prozent bis Juni 2021 abgesenkt. Bars und Clubs profitieren allerdings nicht davon: „Da wir keine Speisen anbieten, nützt uns diese Hilfe überhaupt nichts“, bringt es Roberto auf den Punkt.

Während die Clubcommission die Interessen der Berliner Clubs vertritt, fehlt den Barbetrieben eine Lobby. Der DEHOGA, der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband, wäre eine naheliegende Adresse, jedoch setzte sich der Verband vor allem für die Interessen von Restaurants und Hotels ein, findet Richard Stein.

Um den Berliner Bars in der Corona-Krise ein Sprachrohr zu verleihen, haben Roberto Manteufel, Richard Stein und Ulrich Simontowitz die Initiative „Bars of Berlin“ ins Leben gerufen. Mit der Aktion suchen sie den Schulterschluss zu anderen Berliner Barbetreiber\*innen, um die Bezirksstrukturen und den Berliner Senat auf ihre Situation aufmerksam zu machen.

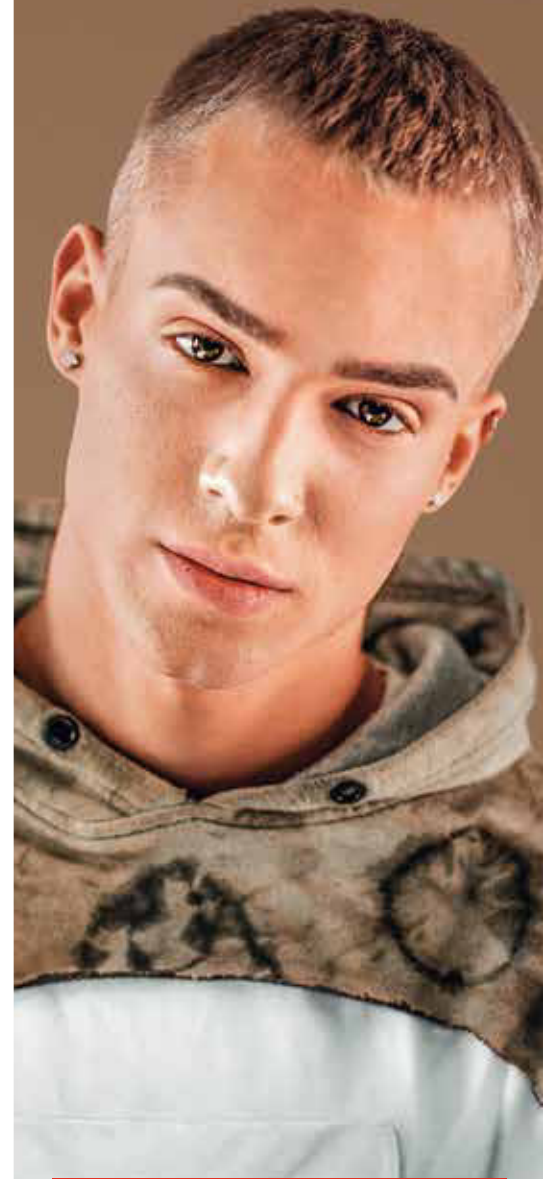
„Wir müssen deutlich machen, dass man uns nicht totsichweigen kann. Denn das ist genau das, was derzeit passiert“, schildert Roberto. Als queere Bars haben sie den ersten Schritt gemacht, aber sie wollen sich nicht nur auf

die LGBTTI\*-Szene beschränken. Sie hoffen, dass sich viele andere Berliner Bars an der Aktion beteiligen. Als Initiatoren stehen sie noch am Anfang ihrer Arbeit und sind aktuell dabei, konkrete Forderungen auszuformulieren. Bisherige Ideen sind eine Absenkung der Mehrwertsteuer auch für Getränke von 19 auf sieben Prozent sowie eine gesetzliche Verpflichtung für Vermieter\*innen, die Gewerbemieten in der Corona-Krise anzupassen.

Als Barbetreiber\*innen haben Roberto Manteufel und Co. noch ein weiteres Anliegen: Die Rettung von LGBTTI\*-Strukturen und queerer Kiezkultur in Berlin. Dabei bilden Clubs und Bars einen wesentlichen Teil der Szene. Ohne sie fehlen ihr einerseits Safer Spaces und Begegnungsräume für Veranstaltungen oder aktivistische Arbeit und andererseits finanzielle Mittel. „Wenn sich Wirte keinen Stand mehr beim Straßenfest leisten können, leidet die ganze Community darunter“, führt Ulrich vom Hafen aus. Events wie das Lesbisch-Schwule Straßenfest oder der CSD finanzieren sich zu großen Teilen aus der Community. Oft unterstützen queere Bars, wie z. B. der Hafen, Vereine und Kulturprojekte. Wenn die Bars schließen müssen, fehlen auch an diesen Stellen die Mittel. „Alles hängt zusammen, wir sind nur die Spitze vom Eisberg“, erklärt Ulrich. Auch Marcel Weber ist besorgt um die Zukunft der LGBTTI\*-Szene: „Wenn queere Infrastruktur wegbricht, verlieren queere Menschen ihre Jobs in der Community. Für einige bedeutet das, dass sie woanders keinen Job finden oder ihre Identität verstecken müssen.“

Von der Politik erwarten die „Bars of Berlin“, dass sie jetzt Verantwortung für die Community übernimmt. „Berlin schmückt sich gern mit der queeren Szene und inszeniert sich als Regenbogenhauptstadt, doch das reicht nicht aus“, findet Ulrich. „Nun muss die Berliner Politik zeigen, dass sie hinter den LGBTTI\*-Strukturen steht, damit zumindest die Finanzierung der Mieten abgesichert ist.“

Für Berliner Bars, Clubs und queere Kiezkultur zeichnet sich im Moment ein sehr tristes Bild ab: Die Not ist groß, doch wirkliche Lösungen für die Krise stehen noch aus. Klar ist aber, ohne Hilfe können sie nicht überleben. „Irgendwann wird die Corona-Krise vorbei sein und entweder gibt es dann noch Bars und eine queere Struktur oder nicht mehr“, fasst Roberto Manteufel die Situation zusammen. „Das ist die große Frage, und es kommt darauf an, diese zu beantworten.“



Finden Sie  
Ihren passenden  
Partner über

gayParship ♥

Jetzt parshippen